

Frankreich vor den Parlamentswahlen – Zitterpartie für Macron, Frankreich und Europa

Anja Czymmeck, Nele Wissmann

Der haushohe Sieg des Rassemblement National bei den Europawahlen am 9. Juli und die Tatsache, dass die Regierungspartei Renaissance nur halb so viele Stimmen wie die Rechtspopulisten erhielt, führten dazu, dass Staatspräsident Emmanuel Macron noch am Wahlabend die Nationalversammlung auflöste und Neuwahlen ankündigte, die am 30. Juni und 7. Juli stattfinden werden. Die Parteien hatten bis zum 16. Juni, also nur eine Woche, Zeit, ihre Wahllisten aufzustellen und mögliche Wahlbündnisse einzugehen. Die vorgezogenen Parlamentswahlen, die in zwei Wahlgängen stattfinden, werden zur Zitterpartie für Macron, der hoch pokert und sein eigenes politisches Schicksal spielt. Frankreich droht für die nächste Legislaturperiode in eine Sackgasse zu geraten. Das Szenario einer Kohabitation scheint angesichts aktueller Umfragewerte sehr realistisch. Europa sähe sich dann einem rechtspopulistischen Premierminister in einem der Gründerstaaten der EU ausgesetzt. Der deutsch-französische Motor würde noch mehr ins Stottern geraten.

Das Wahlsystem: Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen

Bei den Parlamentswahlen werden die 577 Abgeordneten gewählt, die in der Nationalversammlung, dem Unterhaus des französischen Parlaments, sitzen. Sie werden in allgemeiner und direkter Wahl von den französischen Wählerinnen und Wählern gewählt.

Die 577 Sitze verteilen sich mit 558 Mandaten für die Departements (Hexagon und Übersee), 8 Mandaten für Neukaledonien und die Übersee-Gebietskörperschaften und mit 11 Mandaten für die Auslandsfranzosen. In den Departements vertritt ein Abgeordneter 125.000 Einwohner (für jeweils weitere 125.000 Einwohner wird ein zusätzlicher Abgeordneter zugewiesen). In Departements mit weniger als 125.000 Einwohnern gibt es nur einen Abgeordneten.

Die Wahl findet in zwei Wahlgängen statt. Um im ersten Wahlgang gewählt zu werden, muss man die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten. Im zweiten Wahlgang genügt die relative Mehrheit.

Damit ein Kandidat das Recht hat, im zweiten Wahlgang anzutreten, muss er im ersten Wahlgang eine Stimmenzahl von mindestens 12,5 % der im Wahlkreis eingetragenen Wähler erhalten. Erfüllt nur ein Kandidat diese Bedingung, kann der Kandidat, der nach ihm die meisten Stimmen erhalten hat, im zweiten Wahlgang antreten. Erfüllt kein Kandidat diese Bedingung, können nur die beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, im zweiten Wahlgang antreten. Dies bedeutet im Rückschluss auch, dass im zweiten Wahlgang zum Teil drei oder vier Kandidaten gegeneinander antreten.

Das politische Gleichgewicht in der Nationalversammlung

Für die Bildung einer Fraktion in der Nationalversammlung sind mindestens 15 Abgeordnete erforderlich. Bei 577 Abgeordneten sind 289 Sitze erforderlich, um die absolute Mehrheit zu erreichen. Aus der Mehrheit wird die Regierung abgeleitet. Obwohl es in Frankreich keine Koalitionskultur gibt, regiert die Mehrheitspartei nie allein.

Die Situation der relativen Mehrheit, die die Versammlung seit 2022 erlebt hat, ist seit der Legislaturperiode 1988 - 1993 nicht mehr vorgekommen. Angesichts der derzeitigen politischen Lage ist es nicht sicher, dass sich nach dem 7. Juli eine klare Mehrheit herausbilden wird.

Ein weiteres Szenario ist möglich: das der Kohabitation. Dieser Begriff beschreibt die Situation, in der ein Präsident der Republik mit einer ihm entgegengesetzten politischen Mehrheit in der Nationalversammlung koexistiert. Dies ist in der Geschichte der Fünften Republik dreimal vorgekommen.

In diesem Fall verliert das direkt gewählte Staatsoberhaupt seine Führungsrolle in der Exekutive an den Premierminister, der der Nationalversammlung gegenüber verantwortlich ist. Der Regierungschef wird somit zur dominierenden Figur der Exekutiven und zum eigentlichen Oberhaupt der parlamentarischen Mehrheit. Denn auch wenn der Präsident der Republik den Regierungschef immer noch ernennt, muss er ihn zwingend aus den Reihen der parlamentarischen Mehrheit auswählen, da sonst die Gefahr besteht, dass der Regierung das Misstrauen ausgesprochen wird. Der Präsident verliert zudem jegliche Macht über die Zusammensetzung der Regierung. Ausgenommen sind jedoch die Ministerien, die Zuständigkeiten im sogenannten „reservierten“ Bereich des Staatsoberhauptes haben (Verteidigung und Außenpolitik). Wie sich der Verfassungstext konkret bei der Ministerernennung interpretieren lässt, bleibt abzuwarten.

Parteien und Bündnisse: Konfusion für die Wählerinnen und Wähler

Aufgrund der sehr kurzen Fristen für die Neuwahlen wurden nur 4011 Bewerbungen für die Parlamentssitze eingereicht und bestätigt, ein Drittel weniger als im Jahr 2022 (6290). Während sich die derzeitige Debatte auf drei Blöcke konzentriert (links, Mitte und rechtsextrem), werden die Wähler in den Wahlkabinen mit einem schwer durchschaubaren Wahlangebot konfrontiert. Die innerparteilichen Abspaltungen und Bündnisse mit variabler Geometrie seitens der Linken und der Rechtspopulisten führen dazu, dass die französische Parteienlandschaft aktuell fast unleserlich geworden ist.

Die Neue Volksfront (Nouveau Front Populaire – NFP) – Neuauflage des Nupes-Bündnisses

Die Neue Volksfront, die ihren Namen der Koalition von Léon Blum, einer Figur des Sozialismus im 20. Jahrhundert, entlehnt hat, schloss sich am 10. Juni 2024 zusammen.

Eine Mehrheit der Parteien aus dem linken bis linksextremen Parteienspektrum ist unter diesem Banner vereint, darunter:

- La France Insoumise (Vorsitz Manuel Bompard) ;
- Die Sozialistische Partei (Vorsitz Olivier Faure);
- Place publique (Vorsitz Raphaël Glucksmann);
- Les Ecologistes (Vorsitz Marine Tondelier) ;
- Die Kommunistische Partei Frankreichs (Vorsitz Fabien Roussel);
- Génération.s (Vorsitz Benoît Hamon) ;
- Die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) (Vorsitz Philippe Poutou).

13 weitere kleinere Bewegungen wie der Parti de gauche und der Parti ouvrier indépendant haben sich dem Bündnis ebenfalls angeschlossen.

Jede Partei hat eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten festgelegt, die sie unter diesem Bündnis aufstellt. Die meisten Wahlkreise hat die Partei France insoumise (229), gefolgt von der Sozialistischen Partei (175) und den Ecologistes (92).

Das Programm des Bündnisses sieht 150 konkrete Maßnahmen vor: z. B. die Rücknahme mehrerer unpopulärer Reformen, die Erhöhung des Mindestlohns auf 1600 Euro netto, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Unterstützung der Palästinenser und Ukrainer.

Mit dem Ziel eine starke Opposition zum Rassemblement National aufzubauen, hatten die verschiedenen politischen Gruppierungen der Linken in Rekordzeit eine Koalition gebildet, ein gemeinsames Programm ausgearbeitet und sich auf die Strategie eines einzigen Kandidaten pro Wahlkreis geeinigt. Nachdem am 14. Juni jedoch bekannt wurde, dass fünf zentrale LFI-Abgeordnete nicht für die eigene Wiederwahl aufgestellt wurden, brach eine offene Debatte über die Übermacht und Omnipräsenz des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon aus. Intern wurde von einer „Säuberungsaktion“ der Abgeordneten gesprochen, die die interne Funktionsweise der Bewegung offen kritisiert hatten. Jean-Luc Mélenchon prangerte wiederum einen internen "Krieg" gegen ihn an, da politische Schwergewichte des Linksbündnisses sich gegen seine mögliche Kandidatur für das Amt des Premierministers aussprechen.

Ensemble pour la République, das Bündnis der Präsidentenmehrheit bröckelt

Die Präsidentenmehrheit hat sich wieder unter demselben Banner vereint wie bei der Parlamentswahl 2022. Ihr gehören an:

Renaissance (Vorsitz Stéphane Séjourné) ;
MoDem (Vorsitz François Bayrou) ;
Horizons (Vorsitz Edouard Philippe);

485 Kandidaten treten für das Bündnis an (2022: 569). Fast die Hälfte davon stammt aus den Reihen der Renaissance (297, davon 125 ausscheidende Abgeordnete), 78 aus dem MoDem (35 ausscheidende Abgeordnete) und 82 Kandidaten aus Horizons (27 ausscheidende Abgeordnete). In 67 Wahlkreisen stellt das Bündnis keine Kandidaten auf und überlässt diese Wahlkreise dem sogenannten „republikanischen Bogen“ (arc républicain). Dieser vage Begriff umfasst eine „gemäßigte“ Rechte und Linke, die von den Républicains bis zur Sozialistischen Partei reichen kann. Prominentes Beispiel ist des ehemaligen Staatspräsidenten François Hollande, der bei den Wahlen antreten wird und keinen Gegenkandidaten aus dem Ensemble-Bündnis haben wird. Von 35 derzeitigen Regierungsmitgliedern stellen sich 24 zur Wahl, davon 11 im Großraum Paris.

Unter dem Motto "mehr verdienen und weniger ausgeben" umfasst das Bündnisprogramm Vorschläge wie die Senkung der Strompreise, die Verdoppelung von Elektroautos im Rahmen des Sozialleasings sowie eine verstärkte Bekämpfung der Jugendgewalt.

Nennenswert ist, dass Edouard Philippe, Vorsitzender von Horizons und ehemaliger Premierminister, trotz des Wahlbündnisses mit einer eigenen Liste antritt. Horizons unterstützt zwar die Ensemble-Kandidaten im Rahmen des Bündnisses, tritt aber unter eigenem Parteinamen mit einer Liste von 82 Kandidaten an.

Es sei der Präsident, der die Präsidentenmehrheit getötet hat, betonte Edouard Philippe am 20. Juni im Fernsehsender TF1. Ziel Philippes mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2027 ist es nun, eine neue breite parlamentarische Mehrheit aufzubauen, die insbesondere die Républicains umschließen soll, die sich nicht mit Eric Ciotti dem RN angeschlossen haben, sondern auch Sozialisten, die „das Erbe Mitterrands“ forttragen.

Die Allianz der Rechten, die Républicains in Allianz mit Rassemblement National

Am 11. Juni 2024 kündigte Eric Ciotti, der Vorsitzende der Républicains, seine Bereitschaft an, sich mit dem Rassemblement National zu verbünden. Nur wenige politische Schwergewichte seiner Partei folgten ihm, abgesehen von einigen Abgeordneten und dem Vorsitzenden der Jeunes Républicains.

Letztendlich werden 62 Kandidaten der Républicains bei diesen Wahlen vom RN unterstützt. Nach der Bekanntgabe der offiziellen Kandidatenliste etikettierte das Innenministerium das Bündnis als "union de l'extrême-droite" (UXD) (Vereinigung der extremen Rechten).

Die Partei Les Républicains hat die Allianz mit RN, gegen die Entscheidung des Parteivorsitzenden Eric Ciotti, abgelehnt. Les Républicains schicken rund 400 Kandidaten ins Rennen, von denen einige durch den Rückzug des Ensemble-Bündnisses aus dem jeweiligen Wahlkreis profitieren könnten.

Eric Zemmours Partei Reconquête kündigt an, in fast der Hälfte des Wahlkreises keinen Kandidaten aufzustellen, um der „Union der Rechten“ freie Hand zu lassen. Erwähnenswert ist jedoch, dass Reconquête im Wahlkreis von Marine Le Pen antreten wird. Reconquête stellt insgesamt 330 Kandidaten, was weit entfernt von den 553 Kandidaten bei den Parlamentswahlen 2022 ist. Auf dem Programm stehen: Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie, Ausweisung ausländischer Straftäter, Bekämpfung von Sozial- und Steuerbetrug.

Prognosen

Aufgrund des Wahlsystems ist es sehr schwierig, Hochrechnungen zu erstellen. Hier wird der Anteil der Stimmen in der ersten Runde dargestellt:

	EXG	NFP	DVG	ENS	DVD	LR	RN	REC	Andere	Wahlbeteiligung
Sondage IFOP 25. Juni 2024	1%	28,5 %	0,5 %	21%	1%	6,5 %	36 %	1,5%	4 %	64,5 %
Sondage ELABE 23. Juni 2024	1%	27 %	2 %	20 %		10 %*	36 %	1,5%	1,5 %	62-64 %
Sondage Ifop 14. – 17. Juni 2024	1,5 %	28 %	3 %	18 %	2 %	5 %	33 %	2 %	2,5 %	62 %
Ergebnisse 12. Juni 2022	1,2 %	25,7 %	3,7 %	25,8 %	2,3 %	11,3%	18,7 %	4,2 %	8,4 %	47,51%

*inkl. DVD

EXG : Linksextreme

NFP : Neue Volksfront (Nouveau Front populaire)

DVG : Linkes Lager (ohne Parteizugehörigkeit)

ENS : Ensemble (Präsidentenmehrheit)

DVD : Bürgerlich-konservatives Lager (ohne Parteizugehörigkeit)

LR : Les Républicains

RN : Rassemblement national (in den Umfragen inkl. LR in Allianz mit RN)

REC : Reconquête !

Mögliche Sitzverteilung nach aktuellen Umfragewerten (Sondage IFOP vom 25. Juni)

Nouveau Front Populaire: 180 - 210 Sitze

Ensemble: 75 - 110 Sitze

Les Républicains: 25 - 50 Sitze

Rassemblement National: 220 - 260 Sitze (davon 10 - 20 für die Liste mit Ciotti)

Fast eine Million Wahlvollmachten wurden bis zum 21. Juni registriert, wie aus den Zahlen des Innenministeriums hervorgeht. Eine Vollmacht – die sogenannte „Procuration“ kann ein Wähler an eine Person seines Vertrauens geben, die für ihn abstimmen wird. Diese Rekordhoch deutet auf eine hohe Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen am 30. Juni

und 7. Juli hin. Es ist derzeit schwierig vorauszusagen, welche Parteien von der hohen Mobilisierung bei den Parlamentswahlen profitieren werden. Auf der einen Seite könnte eine Mobilisierung einer jungen Wählerschaft der Neuen Volksfront Rückenwind geben. Diese stilisierte sich als einzige Brandmauer gegen einen Sieg der Rechtspopulisten. Es bleibt jedoch auch zu bedenken, dass RN noch über ein nicht geringes Stimmenpotenzial verfügt, dass die Partei im Rahmen der Europawahlen nicht ausgeschöpft hat. Jordan Bardella hat so am 9. Juni 7,7 Millionen Wählerstimmen erhalten und somit deutlich weniger als Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2022 (13,2 Millionen). Die Aussicht auf einen Machtwechsel könnte diese Wählerschaft mobilisieren.

Szenarien für die Regierungsbildung

Szenario 1: Absolute Mehrheit

Aus institutioneller Sicht wäre dieses Szenario die einfachste Option. In diesem Fall würde einer der drei Blöcke (Präsidentenmehrheit, RN oder NFP) eine absolute Mehrheit, also 289 Sitze in der Nationalversammlung, erhalten.

Sollte Renaissance und seine Verbündeten mehr als 289 Sitze erhalten, kann der Staatschef einen Premierminister mit der gleichen politischen Couleur wie er selbst ernennen und hat bis zum Ende seiner fünfjährigen Amtszeit freie Hand. Es scheint wahrscheinlich, dass Gabriel Attal in diesem Fall Premierminister bleibt. Eine absolute Mehrheit für RN oder die NFP würde hingegen zum vierten Mal in der V. Republik eine „Cohabitation“ zwischen einem Staatspräsidenten und einer parlamentarischen Mehrheit unterschiedlicher politischer Couleur herbeiführen.

Gemäß Artikel 8 der Verfassung ernennt der Präsident der Republik den Premierminister. In der Praxis muss er ihn jedoch aus der parlamentarischen Mehrheit auswählen, da sonst eine Minderheitsregierung von der Nationalversammlung in sämtlichen Reformprojekten ausgebremst würde. Im Falle eines Sieges des RN wird die Partei nach aktuellem Stand ihren Vorsitzenden Jordan Bardella als Premierminister vorschlagen. Marine Le Pen will den Fraktionsvorsitz in der Nationalversammlung behalten und hat bereits erklärt, dass sie Emmanuel Macron im Falle eines Sieges ihres Lagers nicht zum Rücktritt auffordern wird.

Im Falle eines Wahlsiegs der Linken ist die Gleichung komplexer. Die Neue Volksfront hat weder den Namen noch die Methode für die Ernennung ihres potenziellen Premierministers festgelegt. Dies wird auch davon abhängen, wie viele Abgeordnete die Bündnispartner jeweils gewinnen können.

Szenario 2: Relative Mehrheit

Komplizierter wird es, wenn keine politische Kraft eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erlangt. Eine Regierung mit relativer Mehrheit ist ständig von einem möglichen Misstrauensvotum bedroht, was sie dazu zwingt, in der Versammlung Text für Text Bündnisse mit den anderen Parteien einzugehen.

Emmanuel Macron sprach auf seiner Pressekonferenz nach der Auflösung der Nationalversammlung von der Möglichkeit einer „Föderation der Projekte“. Kompromisse könnten mit Sozialdemokraten, den Grünen, und dem moderaten Flügel der Républicains eingegangen werden. Die Tatsache, dass Ensemble in 65 Wahlkreisen keine Kandidaten gegen PS und LR-Kandidaten aufstellt, ist als ein erster Schritt in diese Richtung zu verstehen. In einer solchen politischen Konstellation könnte sich Emmanuel Macron für einen Premierminister aus der Verwaltung ohne Parteibuch oder einen Premierminister der „nationalen Einheit“ entscheiden.

Im Falle einer relativen Mehrheit der Neuen Volksfront oder des RN wäre die Lage komplizierter. Die Hypothese eines Premierministers, der politisch stark von der einen oder anderen Seite geprägt ist, ist in diesem Fall unwahrscheinlich, da es ihm schwerfallen würde, eine klare Mehrheit in der Nationalversammlung zu finden.

Jordan Bardella hat bereits angekündigt, dass er im Falle einer relativen Mehrheit für RN nicht für das Amt des Premierministers zur Verfügung steht.

Stillstand oder Große Koalition?

Das Risiko eines institutionellen Stillstands ohne einen Premierminister, der in der Lage ist, eine Mehrheit hinter sich zu sammeln, liegt eindeutig auf dem Tisch.

Im Falle einer relativen Mehrheit für RN scheint es wahrscheinlich, dass das demokratische Parteienspektrum dazu gezwungen wird, Verantwortung zu übernehmen und ein Regierungsabkommen zu schließen. Denkbar ist eine große Koalition der Präsidentenmehrheit mit den Républicains (ohne Ciotti) und den Sozialisten. Offen diskutiert wird diese derzeit in den betroffenen Parteien jedoch nicht. Ein zentraler Impulsgeber ist der ehemalige Premierminister Edouard Philippe.

Sollte es hingegen zu einer Blockade ohne Koalitionsbildung kommen, würde Frankreich in eine beispiellose politische Krise stürzen, da es laut Verfassung erst nach einem Jahr erneut möglich ist, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszurufen.

Folgen für Europa und die deutsch-französischen Beziehungen

Für Europa stellen sich in Hinblick auf die Parlamentswahlen in Frankreich zwei Herausforderungen. Welche Auswirkungen wird die Ausrichtung der nächsten Regierung auf Europa als Ganze haben? Welche konkrete Europapolitik wird Frankreich in Zukunft führen? Die EU und Deutschland müssen sich ernsthaft mit dem Szenario einer absoluten Mehrheit des rechtspopulistischen RN auseinandersetzen.

Die Auflösung der Nationalversammlung und die derzeitig unsichere politische Lage hat die Finanzmärkte weiter verunsichert. Sie haben mit einer generellen Ausweitung der Risikoauflage für Frankreich reagiert. Erschwerend hinzu kommt die schwache Situation der französischen Staatsfinanzen, die zur Einleitung eines Defizitverfahrens führte. Die Situation wird angespannt bleiben und ein entsprechender Wahlausgang könnte die Nervosität an den Märkten weiter erhöhen. Die Befürchtung ist, dass Frankreich zu einem destabilisierenden Faktor für die europäische Wirtschaft werden könnte, wird offen diskutiert.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Rolle Frankreichs in Brüssel. Es scheint bereits jetzt klar zu sein, dass Frankreich im Europäischen Parlament an Einfluss verlieren wird, da ein Großteil der französischen Abgeordneten nicht zu der Mehrheit gehören wird, die die nächste Kommission unterstützt. Im Falle einer Niederlage bei den Parlamentswahlen würde der Staatspräsident zudem im Europäischen Rat geschwächt. Die Möglichkeit, dass Minister des rechtspopulistischen Rassemblement National im Rat der EU mitwirken und abstimmen werden, ist durchaus realistisch.

Die Positionierung des Rassemblement National gegenüber der EU hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt, bleibt aber unvereinbar mit der derzeitigen Funktionsweise der Europäischen Union. Auch wenn die Partei ihre Opposition gegen den Euro aufgegeben hat, zieht RN weiterhin die Möglichkeit in Betracht, einseitig von europäischen Entscheidungen abzuweichen und den französischen Beitrag zum EU-Haushalt in Frage zu stellen - was de facto einem Frexit gleichkäme, von dem die Partei offiziell nicht mehr spricht. Inwiefern die RN einen solchen Kurs als mögliche Regierungspartei fortsetzen kann, bleibt aktuell unklar. Geopolitisch stellt sich vor allen Dingen die Frage der Beziehung des RN zu Russland und die Haltung der Partei im Ukrainekrieg.

Nachdem der Staatsbesuch von Emmanuel Macron in Deutschland neuen Elan in die deutsch-französischen Beziehungen gebracht hat, droht nun eine neue Eiszeit. Auf Regierungsebene könnte der außen- und sicherheitspolitische Kurs des Staatspräsidenten durch die Stellung eines Außen- und Verteidigungsministers aus einem anderen politischen

Lager klar geschwächt werden, auch wenn die dieser Politikbereich eine „domaine réservé“, also reservierter Bereich des Staatspräsidenten ist. Für die Rechtspopulisten ist Deutschland im europapolitischen Kontext der Buhmann, dem man selbstbewusst gegenüber treten und seine eigenen Interessen verfolgen muss. Der deutsch-französische Motor als zentraler europapolitischer Impulsgeber könnte für die nächsten Jahre ausfallen.

Die enge und über Jahre aufgebauten Beziehungen zwischen den demokratischen Fraktionen auf beiden Seiten des Rheins, nicht zuletzt im Rahmen der DFPV (Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung) sowie das enge Netzwerk aus Städtepartnerschaften und deutsch-französischen Institutionen dürften die Auswirkungen abfedern. Gewährleistet werden kann dieser Fortbestand jedoch nur, wenn auch die entsprechenden finanziellen Mittel weiterhin zur Verfügung stehen.

Emmanuel Macron hat angesichts des polarisierten Wahlkampfes und der Aussicht darauf, dass die Extremen gewinnen vor einem Bürgerkrieg gewarnt, damit hat er sich sehr weit aus dem Fenster gelehnt und provoziert. Fest steht aber, dass Frankreich eine Schicksalswahl erleben wird, die zur Zitterpartie für den Präsidenten, für das Land und auch für Europa wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Anja Czymmeck

Leiterin

Auslandsbüro Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung

www.kas.de

anja.czymmeck@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Anhang

Wahlprogramme in den Kernthemenbereichen

NFP – Nouveau Front Populaire

RN – Rassemblement National

LR – Les Républicains

ENS – Ensemble

Soziales	
NFP	<p>Zugang zu Wohnraum – Kontrolle der Mietpreise in angespannten Gebieten. Verbot von Mieträumen wegen unbezahlter Miete. Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Stärkung der Notunterkünfte.</p> <p>Sozialhilfe – Einführung einer "Autonomiegarantie" für Haushalte, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Erhöhung des Wohngeldes (APL) um 10%. Anhebung der Beihilfe für behinderte Erwachsene (AAH) auf das Niveau des Mindestlohns.</p> <p>Arbeitslosenversicherung – Aufhebung der aufeinanderfolgenden Reformen, die unter der Präsidentschaft von Emmanuel Macron verabschiedet wurden.</p> <p>Krankentage während der Menstruation – Anpassung der Arbeitsbedingungen während der Menstruation in allen Unternehmen und Verwaltungen.</p> <p>Arbeitspenibilität – Organisation einer "nationale Konferenz über Arbeit und Penibilität", die unter anderem darauf abzielt, auf 32 Stunden pro Woche in anstrengenden Berufen abzustufen.</p> <p>Renten – Sofortige Aufhebung der 2023 beschlossenen Reform und "Bekräftigung des gemeinsamen Ziels" eines gesetzlichen Rentenalters von 60 Jahren.</p> <p>RSA – Abschaffung der Reform, die die Zahlung des aktiven Solidaritätseinkommens von mindestens fünfzehn Stunden wöchentlicher Aktivität abhängig macht.</p>
RN	<p>Zugang zu Wohnraum – Kein Zugang zu Sozialwohnungen für Personen mit Strafregister</p> <p>Sozialhilfe – Sozialleistungen vom Besitz der französischen Staatsangehörigkeit abhängig machen; unter die Bedingung stellen, dass man mindestens fünf Jahre in Frankreich gearbeitet hat.</p> <p>Arbeitslosenversicherung – Streichung der Reform der Arbeitslosenversicherung.</p> <p>Renten – Aufhebung der 2023 beschlossene Reform. Umsetzung eines progressiven Zeitplans für die Rückkehr zu einem gesetzlichen Rentenalter von 62 Jahren und einer Anzahl von 42 Beitragsjahren "nach Konsultation der Haushaltsprüfung".</p>
LR	<p>Zugang zu Wohnraum – Senkung der Steuern auf Mieteinnahmen, um Wohnraum wieder auf den Markt zu bringen.</p> <p>Sozialhilfe – beitragsunabhängige Sozialhilfe für Einwanderer mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung.</p>
ENS	<p>Zugang zu Wohnraum – Abschaffung der Notargebühren von bis zu 15.000 € für Erstkäufer, die eine Immobilie für weniger als 250.000 € kaufen.</p> <p>Sozialhilfe – Automatische Überweisung ohne Antragsstellung.</p> <p>Arbeitslosenversicherung – Umsetzung einer neuen Reform der Arbeitslosenversicherung am 1. Juli 2024 per Dekret.</p> <p>Arbeitszeit – Experiment der Vier-Tage-Woche</p> <p>Elternzeit – Etablierung einer besser bezahlten Elternzeit.</p> <p>Renten – Anhebung der Renten im Einklang mit der Inflation.</p>
Gesundheit	
NFP	<p>Medizinische Leerstand – Regulierung des Zuzugs von Ärzten in medizinisch unterversorgten Gebieten und Wiederherstellung der dauerhaften Versorgung in Gesundheitszentren.</p> <p>Arzneimittel – Schaffung eines öffentlichen Arzneimittelzentrums mit erhöhten Lagerhaltungsverpflichtungen.</p> <p>Sport – Erhöhung des Betrags des Pass'Sport auf 150 Euro und Ausweitung seiner Nutzung auf den Schulsport; Entwicklung von Sport- und Gesundheitszentren und Rückerstattung von Sport auf Rezept.</p>
RN	Medizinischer Leerstand – Befreiung von der Einkommenssteuer unter bestimmten Konditionen für Ärzte
LR	<p>Staatliche medizinische Hilfe – Beschränkung auf die Notfallversorgung.</p> <p>Medizinische Wüsten – Förderung von Ärzten</p>
ENS	<p>Zugang zur Gesundheitsversorgung – Schaffung einer öffentlichen Zusatzversicherung für 1 Euro pro Tag für Rentner, Studenten, Selbstständige und Arbeitssuchende, die keine haben. Apothekern, Hebammen, Krankenschwestern, Optikern und Logopäden die Durchführung alltäglicher medizinischer Eingriffe ermöglichen.</p> <p>Medizinischer Leerstand – Verdoppelung der Zahl der ausgebildeten Ärzte bis 2027 und Einrichtung eines Systems, das ab Sommer 2024 einen Bereitschaftsarzt für alle innerhalb von dreißig Minuten Fahrzeit garantiert.</p> <p>Behinderung – Vollständige Erstattung von Rollstühlen.</p>
Einwanderung	

NFP	<p>Asyl und Einwanderung – Aufhebung der Asyl- und Einwanderungsgesetze, die während der fünfjährigen Amtszeit von Emmanuel Macron verabschiedet wurden.</p> <p>Klima – Schaffung eines Status für Klimavertriebene.</p> <p>Regularisierung – Erleichterung des Zugangs zu Visa, Regularisierung von Arbeitnehmern, Studenten und Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter und Einführung der zehnjährigen Aufenthaltserlaubnis als Referenzaufenthaltserlaubnis.</p>
RN	<p>Asyl und Einwanderung – Erleichterung der Abschiebung ausländischer islamistischer Straftäter und Krimineller durch Beseitigung administrativer Beschränkungen.</p> <p>Ius solis - Abschaffung</p> <p>Illegaler Aufenthalt – Wiedereinführung des Straftatbestands des illegalen Aufenthalts.</p>
LR	Asyl und Einwanderung – Vorschlag einer Verfassungsreform zum Schutz der Grenzen.
ENS	In diesem Kapitel ist die Präsidentenmehrheit der Ansicht, dass sie mit der Verabschiedung des Asyl- und Einwanderungsgesetzes im Parlament im Januar 2024 und mit dem Asyl- und Migrationspakt auf europäischer Ebene im Mai 2024 alles Notwendige getan hat.
Kultur und Medien	
NFP	<p>Öffentlich-rechtlicher Rundfunk – Stärkung des öffentlich-rechtlichen audiovisuellen Dienstes durch Einführung einer dauerhaften Finanzierung als Ersatz für die 2022 abgeschaffte Rundfunkgebühr.</p> <p>Finanzierung – Stärkung des öffentlichen Haushalts für Kunst, Kultur und Kreation auf 1 % des Staatshaushalts.</p>
RN	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk – Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
LR	
ENS	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk – Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Zusammenführung von France Télévisions und Radio France in eine Mediengruppe.
Bildung	
NFP	<p>Aufhebung der von Gabriel Attal angestrebten sogenannten "<i>Clash of Knowledge</i>"-Reform und Reduzierung der Klassengrößen unter den europäischen Durchschnitt von 19 Schülern.</p> <p>Schulkosten - Schulkantine, Material, Transport, außerschulische Aktivitäten kostenlos zur Verfügung stellen.</p> <p>Hochschulbildung – Keine Auswahlverfahren für den Zugang zu öffentlichen Universitäten.</p> <p>Behinderung – Schaffung eines öffentlichen Unterstützungsdienstes für Schüler mit Behinderungen.</p> <p>Krippen – Schaffung von 500.000 Plätze in Kinderkrippen (oder anderen Kinderbetreuungslösungen).</p> <p>Allgemeiner Nationaldienst – Abschaffung des SNU (Service national universel).</p>
RN	<p>Uniform – Einführung ab der Grundschule.</p> <p>Bildschirme und soziale Netzwerke – Verbot von Mobiltelefonen in Schulen, einschließlich Gymnasien.</p> <p>Mittelstufe – Frühere Orientierung von Schülern in Richtung von Ausbildungsberufen.</p>
LR	
ENS	<p>Schulkosten – Senkung der Kosten für Familien durch den gruppierten Einkauf von Schulmaterial (für eine geschätzte Kostensenkung von 15%).</p> <p>Autorität der Lehrer – Erstellung eines Eltern-/Schulvertrags, um die Autorität der Lehrer über die Schüler geltend zu machen.</p> <p>Bildschirme und soziale Netzwerke – Verbot von Mobiltelefonen für Kinder unter 11 Jahren und sozialen Netzwerken vor 15 Jahren.</p> <p>Universeller nationaler Dienst – Verallgemeinerung des SNU bis 2026.</p>
Wirtschaft	
NFP	<p>Internationaler Handel – Einführung einer Kilometersteuer auf importierte Produkte.</p> <p>Unternehmen – Unterstützung von KMU und Kleinunternehmen sowie von Unternehmen in Schwierigkeiten durch Kreditfazilitäten zur Förderung von Investitionen.</p> <p>Bau – Bau von 200.000 Sozialwohnungen pro Jahr für fünf Jahre, d.h. eine Million Wohnungen.</p> <p>Agrarpreise – Garantie eines Mindestpreises für die Landwirte.</p> <p>Subventionen für Unternehmen – Beihilfen für Unternehmen von der Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Antidiskriminierungskriterien im Unternehmen abhängig machen.</p>
RN	<p>Unternehmen – Niedrigere Produktionssteuern.</p> <p>Einkommensteuer – Abschaffung für Arbeitnehmer unter 30 Jahren.</p> <p>Autobahnen – Renationalisierung von Autobahnen.</p>
LR	<p>Öffentlicher Dienst – Erhöhung der Lehrergehälter.</p> <p>Standards – Moratorium für alle neuen Standards.</p>
ENS	<p>Beschäftigung – Förderung der Schaffung von 200.000 Industriearbeitsplätzen und Eröffnung von 400 Fabriken.</p> <p>Agrarpreise – Einführung von Mindestpreisen nach Sektoren für Landwirte.</p>
Polizei/Justiz	
NFP	<p>Polizeikontrollen – Einführung von Belegen als Teil von Identitätskontrollen, Überarbeitung der Doktrin zur Schusseröffnung und Verbot der Gesichtserkennung.</p> <p>Polizei – Aufrechterhaltung aller Gendarmerien. Einführung eines neuen Ethikkodex für Strafverfolgungsbehörden.</p>

	Polizeigewalt – Abschaffung der IGPN (Polizei der Polizei), um sie durch ein neues unabhängiges Gremium zu ersetzen. Verbot der Verwendung von NLW und verstümmelnden Granaten.
RN	Jugendgerichtsbarkeit – Abschaffung der Zulagen für Eltern von Minderjährigen, die straffällig werden. Abschaffung der Schuldunfähigkeit für Personen über 16 Jahren, damit sie als Erwachsene verurteilt werden können. Einführung kurzer Haftstrafen in geschlossenen Bildungszentren. Mindeststrafen – Wiedereinführung von Mindeststrafen durch ein neues Sicherheitsgesetz. Polizei – Annahme der Selbstverteidigung für Polizeibeamte
LR	Polizeikontrollen – Einsatz von ehemaligen Soldaten, Polizisten und Steuerinspektoren, um gegen alltägliche Kriminalität vorzugehen. Jugendgerichtsbarkeit – Reform der Jugendgerichtsbarkeit. Mindeststrafen – Wiedereinführung von Mindeststrafen und Schaffung sofort vollstreckbarer Haftstrafen.
ENS	Jugendgerichtsbarkeit – Abschaffung der Schuldunfähigkeit für Personen über 16 Jahren, damit sie als Erwachsene verurteilt werden können.
Übersee	
NFP	Wasserkrise – Organisation der Verteilung von Wasser in Flaschen und Begrenzung des Wasserpreises in Gebieten, in denen die Trinkwasserversorgung unzureichend ist. Neukaledonien – Aufgabe des Verfassungsreformprozesses. Umweltverschmutzung – Schaffung eines Entschädigungsfonds für die Opfer von Chlordecon- und Sargassum-Algen. Boden- und Wassermanagement und -dekontamination. Lebensunterhaltungskosten – Stärkung des "Qualitäts-Preis-Schutzschilds" und Regulierung der Flugpreise.
RN	Neukaledonien – Organisation eines neuen Referendums über die Unabhängigkeit in vierzig Jahren. Fortsetzung des Prozesses der Verfassungsreform.
LR	
ENS	Neukaledonien – Im Juni hat Emmanuel Macron das Projekt zur Verfassungsänderung, ausgesetzt, ohne es mittelfristig aufzugeben.
Umwelt	
NFP	Erneuerbare Energien – Ausbau der Offshore-Wind- und Gezeitenenergie. Wassermanagement – Moratorium für Mega-Becken. Verwaltung von Wasserressourcen durch die lokalen Behörden. Beitrag der Industrie zur Dekontamination von Grundwasser und Boden. Infrastruktur – Umsetzung eines Moratoriums für große Autobahninfrastrukturprojekte. Isolation – Verstärkung der Hilfen für die Wohnungsisolierung für alle Haushalte. Pestizide – Wiedereinführung des Ecophyto-Plans, Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden und Unterstützung des Bio-Sektors und der Agrarökologie.
RN	Erneuerbare Energien – Subventionen für Windkraftanlagen abschaffen, Windprojekte stoppen und bestehende Parks auslaufen lassen. Isolation – Wiederzulassung der Vermietung von energieintensiven Wohnungen, die aktuell schrittweise vom Markt genommen werden, bis 2034. Verkehr – Aufhebung des für 2035 in Europa festgelegten Verkaufsverbots für Neuwagen mit Verbrennungsmotor. Umweltzonen in Metropolen abschaffen. Kernenergie – Einführung eines neuen nuklearen Wiederaufbauplans.
LR	Kernenergie – Weiterentwicklung der Nuklearindustrie. Isolation – Wiederzulassung der Vermietung von energieintensiven Wohnungen, die aktuell schrittweise vom Markt genommen werden, bis 2034.
ENS	THG-Emissionen – Ziel einer jährliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 6%, um bis 2030 eine Reduzierung um 55% gegenüber 1990 zu erreichen. Kernkraft – Entwicklung von acht neuen Kernreaktoren. Isolation – Schaffung eines Fonds, um der Mittelschicht bei der Renovierung ihrer Häuser zu helfen (mit einem Ziel von 300.000 Renovierungen bis 2027). Pestizide – Reduzierung des Pestizideinsatzes um 50% bis 2030. Transport – 100.000 Elektrofahrzeuge pro Jahr zum Social Leasing zu maximal 100 Euro pro Monat.
Öffentliche Dienstleistungen	
NFP	Personal – Erhöhung des Personals in öffentlichen Krankenhäusern, Gesundheits- und medizinisch-sozialen Diensten, öffentlichen Schulen, der Justiz und staatlichen Diensten und Behörden. Löhne – Lohnanhebungen Zugänglichkeit – Gewährleistung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen (30-Minuten-Regel bzgl. Entfernung zu einem Bürgerbüro)
RN	
LR	
ENS	Barrierefreiheit – Schaffung eines Dienstleistungszentrums in jedem Kanton mit dem Ziel von 3.000 Zentren bis 2027.

Internationales	
NFP	<p>Israel-Hamas-Krieg – Freilassung von israelischen Geiseln, sowie Freilassung von <i>"palästinensischen politischen Gefangenen"</i>. Anerkennung des palästinensischen Staates.</p> <p>Ukraine – Verteidigung der Ukraine sowie <i>"der Souveränität und Freiheit des ukrainischen Volkes"</i>.</p> <p>Europäische Union – Beendigung von Freihandelsabkommen wie CETA und Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Ablehnung des Haushaltsstabilitätspakts und des Wettbewerbsrechts, "wenn es öffentliche Dienstleistungen in Frage stellt". Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat in Steuerfragen.</p>
RN	<p>Israel-Hamas-Krieg – Marine Le Pen betonte, dass ihre Partei schon immer zionistisch gewesen sei. Ablehnung eines palästinensischen Staates <i>angesichts der aktuellen Lage</i>.</p> <p>Ukraine – Unterstützung der Ukraine, mit Ausnahme der Entsendung von Langstreckenraketen, um <i>"jedes Risiko einer Eskalation zu vermeiden"</i>.</p> <p>Europäische Union – Für eine "Europäische Allianz der Nationen", deren Aufgabe darin besteht, die europäischen Verträge zu überprüfen. Einrichtung einer <i>"doppelten Grenze"</i> (europäisch und französisch). Einführung eines Moratoriums für neue Freihandelsabkommen. Reduzierung des französischen Beitrags zum EU-Haushalt um 2-3 Mrd. EUR ab 2024. Ablehnung einer EU-Erweiterung.</p> <p>Verteidigung – Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf 55 Mrd. EUR pro Jahr ab 2027 (gegenüber rund 44 Mrd. EUR im Jahr 2023). Die Partei hat den Hinweis auf den Austritt aus der NATO von ihrer Website entfernt.</p>
LR	<p>Ukraine – Bereitstellung <i>"massiver [finanzieller] Unterstützung für die Ukraine"</i>. Kein Beitritt in die Europäischen Union.</p> <p>Europäische Union – Einführung einer <i>"europäischen Präferenz"</i>, wenn die Gegenseitigkeit beim Zugang europäischer Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten von Drittländern nicht gewährleistet ist. Verdoppelung des Europäischen Verteidigungsfonds.</p> <p>Verteidigung – Beibehalt Frankreichs in der NATO.</p>
ENS	<p>Israel-Hamas-Krieg – Beibehaltung der französischen Positionierung: Förderung der Zweistaatenlösung, aber es ist nicht möglich, in naher Zukunft einen palästinensischen Staat anzuerkennen, weil <i>"die Bedingungen nicht erfüllt sind"</i> (E. Macron).</p> <p>Ukraine – Bekräftigung der Unterstützung Frankreichs für die Ukraine, insbesondere durch die Bereitstellung von Flugzeugen, Waffen und Munition.</p> <p>Europäische Union – Einführung eines europäischen Handelsschutzschilds (Ende der Verhandlungen mit Ländern, die das Pariser Abkommen nicht einhalten, Spiegelung der Regeln für importierte Produkte usw.).</p> <p>Verteidigung – Verdoppelung des Budgets der französischen Armee bis 2030 und Beibehaltung der nuklearen Abschreckung. Bekräftigung der NATO-Mitgliedschaft</p>
Besteuerung	
NFP	<p>Hohe Einkommen und Vermögen – Wiedereinführung einer verstärkten Vermögenssteuer mit Klimakomponente, Abschaffung der "Flat Tax" und Wiedereinführung der "Exit Tax".</p> <p>Erbschaft – Reform der Erbschaftssteuer, um sie progressiver zu gestalten, Einführung eines maximalen Erbes von 12 Millionen Euro.</p> <p>Steuerschulpfächer – Beseitigung ineffizienter, ungerechter und umweltschädlicher Steuerschulpfächer.</p> <p>Einkommensteuer – Verstärkung der Progression durch die Einführung von 14 Steuerklassen.</p> <p>Unternehmen – Besteuerung der Superprofite der Agroindustrie und Supermärkten, Verallgemeinerung der Besteuerung von Superprofiten auf europäischer Ebene.</p>
RN	<p>Hohe Einkommen und Vermögen – Ersatz der Immobilienvermögenssteuer durch eine Steuer auf Finanzvermögen.</p> <p>Steueranteil – Zusätzlicher voller Steueranteil ab dem 2. Kind (im Vergleich zu einem halben Anteil heute). Wiederherstellung des halben Steueranteils von Witwen und Witwern.</p> <p>Erbschaft – Steuerfreie Schenkungen an Kinder und Enkelkinder bis zu 100.000 €, alle zehn Jahre.</p>
LR	<p>Hohe Einkommen und Vermögen – Entfernen Sie den Hauptwohnsitz aus der Grundsteuerbemessungsgrundlage.</p> <p>Erbschaft – Abschaffung der Besteuerung von Familienübertragungen von Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben.</p> <p>Steuerschulpfächer – Besteuerung von Importen, die nicht den französischen Standards entsprechen.</p> <p>Höhe der Abgaben – Niedrigere Steuern.</p>
ENS	<p>Erbschaft – Steuerbefreiung für Erbschaften und Schenkungen, auch für Patchwork-Familien, bis zu 150.000 € pro Kind und bis zu 100.000 € für Enkelkinder.</p> <p>Steuerschulpfächer – Gabriel Attal lancierte im April eine Task Force zu Steuerschulpföchern, aber das Thema wurde von Ensemble während des Wahlkampfs nicht näher angesprochen.</p> <p>Höhe der Abgaben – Etablierung einer goldene Haushaltsregel fest: Keine Steuererhöhung, „egal, was passiert“.</p>
Kaufkraft	
NFP	<p>Boni und Gehälter – Indexierung der Gehälter an die Inflation, Erhöhung des Indexpunkts für Beamte um 10%.</p> <p>Energiepreise – Energie- und Kraftstoffpreise einfrieren und die geplante Erhöhung des Gaspreises zum 1. Juli annullieren.</p>

	<p>Grundbedürfnisse – Die Preise für Grundlebensmittel einfrieren.</p> <p>Mindestlohn – Erhöhung des Mindestlohns auf 1.600 Euro netto pro Monat.</p>
RN	<p>Energiepreise – Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoff, Strom, Gas und Heizöl auf 5,5% und Aushandlung einer Ausnahme von den Regeln des europäischen Strommarktes zum Vorteil Frankreichs.</p> <p>Grundverpflegung – Mehrwertsteuer auf Produkte der Grundverpflegung abschaffen (jedoch nicht prioritär; erst in einer zweiten Phase“.</p> <p>Löhne – Lohnerhöhungen bis zu einer Grenze von 10% und bis zum 3-fachen des Mindestlohns für drei bis fünf Jahre von Arbeitgeberbeiträgen befreien.</p>
LR	<p>Boni und Gehälter – Erhöhung der Nettogehälter durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.</p> <p>Energiepreise – Abschaffung der Steuern auf Strom zur Finanzierung von Windkraftanlagen.</p>
ENS	<p>Boni und Gehälter – Erhöhung der Obergrenze des Value-Sharing-Bonus von 3.000 € auf 10.000 €, wobei die Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen und Einkommensteuer beibehalten wird, und monatliche Zahlung dieses Bonus. Erhöhung der Gehälter zwischen dem Mindestlohn und 2.000 Euro pro Monat mit einer Reform der Sozialversicherungsbeiträge.</p> <p>Energiepreise – Senkung der Stromrechnungen um 15% ab Winter 2024 durch Entkorrelation der Preise dank der Reform des europäischen Strommarktes.</p>
Institutionen	
NFP	<p>Wahlmethoden – Einführung des Verhältniswahlrechts bei Parlamentswahlen.</p> <p>Referendum – Einrichtung eines Bürgerinitiativen-Referendums.</p> <p>Anwendung von 49.3 – Aufhebung von Artikel 49.3 der Verfassung, der die Annahme von Texten ohne Abstimmung im Parlament ermöglicht.</p> <p>Sechste Republik – Gründung einer Sechsten Republik durch eine gewählte, verfassungsgebende Bürgerversammlung.</p>
RN	<p>Referendum – Einrichtung eines Bürgerinitiativen-Referendums.</p> <p>Wahlmethoden – Einführung einer „Dosis“ Verhältniswahlrecht</p> <p>Öffentlicher Dienst – Verbot "<i>bestimmter strategischer Positionen</i>" für Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, um "<i>Risiken der Einmischung</i>" zu vermeiden.</p>
LR	<p>Religion – Einführung einer Regel in die Verfassung, "<i>die es verbietet, sich auf die eigene Religion oder Herkunft zu berufen, um das Nichtrespektieren der Gesetze der Republik zu rechtfertigen</i>".</p>
ENS	<p>Verhältniswahl – Emmanuel Macron betont seit 2017, bei den Parlamentswahlen eine Dosis Verhältniswahl einführen zu wollen, aber die Idee einer Verfassungsänderung ist vorerst ausgeschlossen, da es keine Mehrheit gibt.</p>